

Katharina Liesenberg & Linus Strothmann

Wir holen euch ab!

Wie wir durch Bürgerräte und Zufallsauswahl
echte Vielfalt in die Demokratie bringen



Inhalt

08 Vorwort

13 Einleitung: Was los treten

- 14 Stille alte Männer ...
- 19 Zählt wirklich jede Stimme gleich viel?
- 24 Worum geht es in diesem Buch?
- 25 Was haben wir vor?

29 Kapitel II: Eine veränderte Gesellschaft braucht veränderte Methoden

- 33 Neue (differenzierte) Gesellschaft?
- 48 Neue Politik?
- 57 Neue Beteiligung?

67 Kapitel III: Warum wir losen, warum wir klingeln

- 68 Losverfahren von der Antike bis zu Deutschlands ersten Bürgerräten
- 70 Die Debatte jetzt: Manche fehlen weiterhin
- 74 Die Grenzen klassischer Losverfahren: Repräsentanz und Vielfalt
- 83 Von Tür zu Tür. Wie wir Menschen aufsuchen.

101 Kapitel IV: Praxisbeispiele

- 102 Zufall als Qualitätskriterium – das Praxisbeispiel Falkensee
- 121 Demokratie von unten für unten – das Praxisbeispiel
Erster Frankfurter Demokratiekonvent (2019)

128	Neustart für 140 Jahre Tradition – das Praxisbeispiel Werder (Havel)
142	Exkurs: der Zukunftsrat Werder
146	Die repräsentative Demokratie neu anfeuern – die Wahlkreisräte in zwei Berliner Wahlkreisen 2021
158	Was haben uns die Wahlkreisräte gezeigt? Unsere Erfahrungen, Feedback und Evaluation der Piloten

171 Kapitel V: Was wir bisher gelernt haben

172	Methodische Schlüsselerkenntnisse in der Arbeit mit gelosten Gruppen
200	Schlüsselerkenntnisse in Bezug auf die Gesamtprozesse oder wie Losverfahren politische Akzeptanz finden

211 Kapitel VI: Ein Blick nach vorne: Rahmenbedingungen für bessere Beteiligung und neue Anwendungsfelder

212	Rahmenbedingungen für mehr aufsuchende Losverfahren
221	Neue Anwendungsfelder
226	Die Idee des Aufsuchens weiterdenken

231 Abschluss: Vision einer inklusiven Demokratie

238 Autor*innen

238	Käthe Liesenberg
238	Linus Strothmann

240 Dank

242 Endnoten

250 Literaturhinweise

Vorwort

Die Demokratie, wie wir sie in Deutschland haben, ist eine ziemlich gute Sache. Es gibt Wahlen, Kontrollinstanzen und eine lebendige Medienlandschaft. Auf eine gewisse Art und Weise ist das Parlament dabei auch Teil einer Arbeitsteilung: Gewählte Vertreter*innen handeln in unserem Namen Dinge aus, steigen tief in die Materie ein und entwickeln Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen.

Manchmal reicht das aber einfach nicht.

Unser Parlament spiegelt nicht wirklich unsere Gesellschaft wider. Durch die Wahlkreise ist zwar sichergestellt, dass aus allen Teilen Deutschlands Menschen vertreten sind, aber zum Beispiel beim Geschlechterverhältnis liegt das Verhältnis nicht bei 50:50, und auch die Verteilung nach Bildungsabschluss entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen: Im Bundestag sitzen 85 Prozent Akademiker*innen.

Und auch was die Einkommen betrifft, sitzen eben im Bundestag sehr wenige, die vor ihrer Zeit als Abgeordnete*r zu den Menschen mit geringem Einkommen im Land gehört haben. Wie oft hören wir in der Klimadebatte, dass Politiker*innen, die selbst finanziell abgesichert sind, sich schützend vor die „Armen“ der Gesellschaft stellen und argumentieren, dass z. B. ein höherer Preis für Flugreisen diese zu stark treffen würde. Es wäre doch interessant zu wissen, ob Menschen mit geringem Einkommen das tatsächlich so sehen.

Aber wie finden wir das raus? Umfragen sind eine Möglichkeit, dem näherzukommen. Dabei kommt aber oft zu kurz, sich ausführlich mit dem Thema befassen zu können. Wie würden Menschen darüber denken, wenn sie ausreichend Zeit hätten, sich in die Materie einzuarbeiten und verschiedene Positionen dazu gehört zu haben? Im Klimabürgerrat, der im Frühjahr 2021 stattfand – leider ohne direkte politische Anbindung – ist genau das passiert. Und siehe da. Die Menschen außerhalb des Parlaments sind zu weit mehr bereit, als die, die sie im Parlament vertreten, bisher gedacht haben. Es braucht also den Austausch von Gruppen, die die Vielfalt der Gesellschaft abbilden und damit unterschiedliche Meinungen und Perspektiven einbringen, um das Parlament genau in solchen Fragen zu beraten.

Parlamente haben aber noch ein anderes Problem. Die Menschen, die dort sitzen, wurden gewählt und wollen meist auch wiedergewählt werden. Dazu ist es nicht immer ratsam, manchmal sogar geradezu im Widerspruch zu eigenen politischen Zielen, Positionen, die der oder die Abgeordnete lange aus Überzeugung vertreten hat, zu räumen oder sich gar für das Gegenteil einzusetzen.

Das erste Mal, dass ich von einem Bürgerrat gehört habe, war, als in Irland ein Bürgerrat zum Abtreibungsrecht stattfand. Das hat mich sehr beeindruckt und neugierig gemacht. Das Parlament war vorher nicht im Stande, diesen tiefen Riss durch die Gesellschaft zu befrieden. Zu festgefahren waren die Meinungen bei diesem emotionalen und aufgeladenen Thema. Politiker*innen war es nicht möglich, aufeinander zuzugehen. Ein Bürgerrat kann hier zwei Dinge, die ein Parlament eben nicht kann: Erstens kommen hier Leute zusammen, von denen niemand eine

bestimmte Haltung erwartet, und auch nicht, dass diese Haltung bis zum Ende durchgezogen wird. Zweitens kennen sich die gelosten Teilnehmenden nicht. So entsteht ein anderer Umgang mit den Meinungen und Perspektiven anderer. Das schafft eine Flexibilität, die manchmal die Voraussetzung ist, um sich zu einigen. Man könnte auch sagen: Ein Bürgerrat nimmt parteipolitische Strategien und Taktik aus einer Debatte.

Ich finde, man sollte der Politik jedoch keinen Vorwurf machen, dass sie nicht alle Probleme selbst lösen kann. Viel eher sollten wir das anerkennen und uns deshalb zusätzlicher Instrumente bedienen, die in der Lage sind, solche Konflikte zu lösen und der Politik insoweit zu helfen. Ich bin nicht der Meinung, dass ein Bürgerrat damit das Parlament aushebelt. Im Gegenteil, es gibt Fragen, da braucht das Parlament mehr als das, was Umfragen, Wahlergebnisse und die eigene Meinung an Orientierung anbieten.

Demokratie ist nie fertig, sondern kann weiterentwickelt werden.

Dazu passt auch das erste Praxisbeispiel aus diesem Buch, das fast zeitgleich mit dem Bürgerrat in Irland im Herbst 2016 begann, und zwar als Experiment, das das Vertrauen in die lokale Beteiligung gestärkt hat. Ein Beispiel, das zeigt, dass Demokratie lebendig bleiben kann und muss.

Das ist der Grund, warum dieses Buch wichtig ist. Es zeigt Wege, wie wir unsere Demokratie konkret weiterentwickeln können. Wie wir nicht nur Bürgerräte machen können, sondern auch richtig gute Bürgerräte!

Zwei Dinge sind aus meiner Sicht bei der Entwicklung besonders wichtig: Erstens, Bürgerräte geben ein Versprechen von Vielfalt und Repräsentativität. Und hier sind wir, wie ich lernen musste, noch lange nicht am Ziel. Denn auch in Bürgerräten sitzen, wenn man nicht aufpasst, zu viele Akademiker*innen, zu viele Menschen mit höheren Einkommen und zu selten Menschen mit Migrationshintergrund. Noch verzerrter ist das Bild, wenn man sich anschaut, welche Einstellungen die Menschen in einem Bürgerrat mitbringen. Es machen genau diejenigen mit, die sich für Politik oder das jeweilige Thema besonders interessieren. Und genau hier setzen Katharina und Linus mit ihren aufsuchenden Verfahren an, um auch die Politikverdrossenen und die, die nicht mehr wählen gehen, um ihre Meinung im Bürgerrat zu bitten. Dazu kommt, dass sie eben auch mit den Menschen sprechen, die sich auf eine Einladung nicht zurückgemeldet haben. Nur so kann man verstehen, warum manche Menschen sich nicht beteiligen wollen oder können. Auch darüber müssen wir mehr wissen, damit auch diese Menschen irgendwann mitmachen und das Versprechen, das Bürgerräte geben, auch eingelöst werden kann.

Der zweite Punkt ist, dass in Bürgerräten anders diskutiert und manchmal auch anders entschieden wird, als das in einem Parlament der Fall ist. Und hier können Bürgerräte Maßstäbe setzen, wie man zu guten Ergebnissen kommt und bessere Entscheidungen fällt. Auch hierzu zeigt das Buch funktionierende Beispiele aus der Praxis.

Es geht in diesem Buch darum, unsere Demokratie lebendig zu halten.

→ *Pierre Baigorry, Berlin November 2021*

Eine veränderte Gesellschaft braucht veränderte Methoden

„Es steht nicht gut um die Demokratie“, so oder so ähnlich lassen sich die Ereignisse, das Gefühl und die Berichterstattung der vergangenen Jahre beschreiben, blickt man auf den Umgang mit Fluchtmigration und Aufstieg der AfD im Jahr 2015, auf den Brexit und die Wahl Trumps im Jahr 2016 oder auf die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung und die daraus entstehenden Querverbindungen des rechtsextremen Milieus in unterschiedlichste Teile der Gesellschaft derzeit. Einige Medien tragen zunehmend zu einer Spaltung der Gesellschaft bei, das Internet bietet die Möglichkeit, permanent im Austausch mit anderen zu stehen und Wissen und Nichtwissen zu verbreiten, die Diskussionskultur ist sowohl im Netz als auch analog immer angespannter. Wie steht es also um die Demokratie? Steckt die Demokratie in der Krise? Welche Probleme gibt es? Und warum fällt es der Politik so schwer, hierauf Antworten zu finden?

Wo beginnt man, um diese Fragen zu beantworten? Denn es sind viele Probleme, viele Probleme auf den unterschiedlichsten strukturellen Ebenen. Wie stellt man immer wieder einen demokratischen Grundkonsens sicher? Welche politischen Strukturen können auf sich ständig verändernde gesellschaftliche Fragen angemessen antworten? Hinzu kommen inhaltliche Herausforderungen wie eine zunehmende Wohnungsnot und die steigenden Mieten, der Umgang mit Digitalisierung und die wachsende soziale Spaltung zwischen Arm und Reich. Und schließlich die alles überschattende Frage, wie der Klimawandel noch einzudämmen ist.

Für die Menschen, die Politik tagtäglich ausmachen, gibt es also viel Gelegenheit für Aufregung, aber auch für Arbeit und

Gestaltung. Politiker*innen, so müsste man meinen, haben mehr zu tun denn je. Und, gemessen an der Lautstärke und Vielzahl der Einspruchsmöglichkeiten seitens der Wähler*innen – insbesondere dank des Internets zusätzlich zu klassischen Beteiligungsinstrumenten –, nutzen diese vielfältige Möglichkeiten, ihre Repräsentant*innen verantwortlich zu halten. Politiker*innen ist dieser dauerhafte Austausch natürlich auch möglich.

Und doch: Auch hier oder insbesondere hier, gewissermaßen im Zentrum der repräsentativen Demokratie – der Beziehung von Repräsentierten und Repräsentant*innen –, kristallisieren sich die Herausforderungen deutlich heraus. „Die da oben machen, was sie wollen“, „Meine Belange sind doch in Berlin eh nicht von Interesse“ sind Sätze, die in den vergangenen Jahren häufig fallen. Viele Politiker*innen berichten, dass ihnen immer mehr Ablehnung, Unverständnis und Hass entgegenschlügen.² Zugleich verlieren die klassischen Volksparteien an Zulauf und schaffen es kaum noch, Mehrheiten zu generieren. Mit der AfD hat sich eine Partei in der politischen Landschaft Deutschlands eingerichtet, die die zuvor üblichen Mehrheitsverhältnisse aus dem scheinbar stabilen Schlaf rüttelt. Und so kämpfen politische Parteien darum, zukunftsfähig für das 21. Jahrhundert zu bleiben und weiterhin den unterschiedlichen Ansprüchen von Wähler*innen gerecht zu werden.

Daneben sind eine Vielzahl von Akteur*innen auf die politische Bühne getreten, die zu Beginn ihres Auftretens unterschätzt worden sind. Die klimapolitische Jugendbewegung *Fridays For Future* hat sich zu einem relevanten *player* entwickelt, der es schafft, die politische Agenda zu beeinflussen und – stärker – beansprucht, diese zu bestimmen. Dass das Engagement in

NGOs³ und politischen Bewegungen steigt, während die Mitgliederzahlen in Parteien sinken, beschreibt eine wesentliche Entwicklung der heutigen Zeit: Die zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft führt zu einer Vielfalt von unterschiedlichen Lebenswelten, die häufig nur nebeneinander existieren, nicht aber miteinander. Dass zugleich ein steigendes Bewusstsein für die eigene Identität zu einer immensen Debatte um sogenannte *identity politics* führt, leistet das Übrige, um hier nicht konstruktive Verständigung zu ermöglichen, sondern viel eher Fronten weiter zu verhärten. Was bedeutet das? Immer mehr Menschen berufen sich auf bestimmte Merkmale ihrer Persönlichkeit, aufgrund derer sie politische Ansprüche erheben. Und trotz dieser vermehrten politischen Kämpfe muss man von einer „Zweidritteldemokratie“⁴ sprechen. Beteiligungsverfahren, ob klassische wie Wahlen, oder neue und innovative wie etwa Bürger*innenräte, unterliegen einer sozioökonomischen Stratifizierung,⁵ das heißt einer Schichtung, die vor allem Menschen mit geringem Einkommen sowie formal niedrigem Bildungsabschluss betrifft. Diese Menschen gehen häufig nicht (mehr) wählen, wodurch wiederum die Repräsentation ihrer Interessen nicht gewährleistet ist. Es beteiligen sich etwa noch zwei Drittel der Bevölkerung an Wahlen. Diese zwei Drittel setzen sich aus jenen zusammen, die ökonomisch abgesichert sind und eher einen formal hohen Bildungsabschluss haben – kurzum: Demokratie ist keine Teilhabe aller, sondern eine derer, die es sich leisten können.

Wer ist dann noch die Gesellschaft? Wer repräsentiert also eigentlich noch wen? Und wie wollen Menschen eigentlich repräsentiert werden? Was ist die Aufgabe gewählter Abgeordneter in einer repräsentativen Demokratie, in der die soziale Identität

nicht mehr auf die eigene Parteizugehörigkeit festgelegt werden kann? Diesen Fragen widmen wir uns im folgenden Abschnitt. Dies erfolgt mit Blick auf drei Felder: Politik, Gesellschaft und Beteiligung. Natürlich überlappen sich diese, doch eine analytische Abgrenzung hilft, den Blick für Veränderungen zu schärfen, die derzeitige politische Probleme und Herausforderungen maßgeblich prägen.

Der erste Abschnitt befasst sich mit der Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Welche Veränderungen haben sich in den vergangenen Jahren ergeben? Ist die zunehmende Politisierung Ausdruck von einer *neuen* Gesellschaft? Im anschließenden Teil beleuchten wir dann die Herausforderungen, die sich an eine veränderte Gesellschaft stellen. Sind die althergebrachten politischen Mechanismen wie Wahlen noch zeitgemäß? Was bedeutet es eigentlich, von einer repräsentativen Demokratie zu sprechen und welche Erwartungen verbergen sich dahinter? Und schließlich beleuchten wir drittens die Effekte auf Beteiligung im Allgemeinen. Dies dient dazu, ein grundsätzliches Verständnis davon entwickeln zu können, was politische Teilhabe eigentlich ermöglichen soll.⁶

Neue (differenzierte) Gesellschaft?

In den vergangenen 30 Jahren ist viel passiert: Mauerfall und Wiedervereinigung, Globalisierung, der Rückbau des Sozialstaats durch die Agenda 2010, Debatten um Integration und Migration und nicht zuletzt die Integration des Internets in alle möglichen Lebens- und Handlungsfelder. Umso dringender ist es geboten, sich damit auseinanderzusetzen, welche Bedeutung

diese Veränderungen für politisches Handeln und gesellschaftliches Miteinander haben. Was bedeutet die Floskel der Ausdifferenzierung, die seit einigen Jahren in aller Munde ist? Warum beeinflusst diese so stark das Beteiligungsverhalten?

Der folgende Abschnitt gliedert sich in drei Teile. Anders als in den meisten herkömmlichen Büchern über Politik und Gesellschaft, stellen wir dabei bewusst die Auseinandersetzung mit Ost und West an den Beginn der Analyse. Dies soll verdeutlichen, wie stark Annahmen von und über das, was als normal angesehen wird, unser Denken über Politik und Gesellschaft und insbesondere über Minderheiten prägen. Ebenso wichtig ist der Hinweis, dass auch die Gruppe der Gastarbeiter*innen und die Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, in den meisten Abhandlungen kaum Beachtung findet. Anschließend wird ein Blick darauf geworfen, welche anderen Faktoren zu einer Ausdifferenzierung von Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten geführt hat. Und schließlich werden drittens diese Ergebnisse zusammengeführt und unter dem Schlagwort der *identity politics* debattiert.

Welche Gesellschaft? Ost, West, Eingewandert.

Wenn von der deutschen Gesellschaft gesprochen wird, dann haben viele, wenn nicht die meisten Menschen ein recht klares Bild vor Augen. Reihenhaus, Auto, zwei Kinder namens Lena und Alexander, Mutter Hausfrau, Vater angestellt in einem mittelständischen Unternehmen, Wohnort eine beschauliche Vorstadt im Speckgürtel von München, Stuttgart oder Bielefeld. Redet

man über Ostdeutschland, springen andere Bilder in den Kopf. „Jammer-Ossis“, das Sonnenblumen-Haus in Rostock-Lichtenhagen oder die Pegida-Demonstrierenden in der Innenstadt Dresdens. Die ewige Frage danach, ob es wirklich keine Bananen im Osten gab und wie lange man tatsächlich auf einen Trabbi warten musste. Ähnlich verhält es sich, wenn man beginnt, von Deutschland als Einwanderungsland zu sprechen. Spricht man von Migration und Integration, werden kriminelle arabische Clans in Berlin-Neukölln bemüht, wird über mangelnde Deutschkenntnisse und die Kölner Silvesternacht 2015/2016 geklagt.

Und das, obwohl sowohl Ostdeutsche als auch Migrant*innen je rund 25 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung ausmachen. Und obwohl ohne die immense Unterstützung von Gastarbeiter*innen aus Italien, Griechenland, Spanien⁷ und seit den 1950er Jahren der Türkei, das berühmte deutsche Wirtschaftswunder niemals Wirklichkeit geworden wäre.

Worüber reden wir also eigentlich, wenn wir über *die* deutsche Gesellschaft reden? Wer ist die deutsche Gesellschaft? Wer wird wahrgenommen, wer gilt als normal, wer darf Teil der deutschen Gesellschaft sein? Diese Fragen wird dieses Buch nicht endgültig beantworten können, vermutlich sind es Fragen, die niemals abschließend beantwortet werden können. Sie sollen aber verdeutlichen, dass bereits die Wahrnehmung darüber, wer wie Teil einer Gesellschaft ist, Fragen von Beteiligung und Repräsentation beeinflussen.

Relevant werden solche Wahrnehmungen besonders dann, wenn sie sich verfestigen und so zu langfristigen Schieflagen in politischen Diskursen und entsprechender Ungleichbehandlung

führen. „Immerhin mehr als ein Drittel der Ostdeutschen sehen sich laut neuesten Umfragen als Bürger zweiter Klasse“. ⁸ Menschen mit Migrationsgeschichte beklagen Benachteiligung, wenn es um eine Gymnasialempfehlung oder die Anmietung einer neuen Wohnung geht. Und zugleich wird dieses Desinteresse sichtbar, wenn im Zuge der Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) mangelnde Aufklärungsbereitschaft und schleppende Untersuchungen die Folge sind. „Deklassierungs- und Entmündigungserfahrungen“ ⁹ spielen also für beide Gruppen, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, eine sehr entscheidende Rolle. Dass es dabei natürlich auch zwischen diesen beiden Gruppen und innerhalb der jeweiligen Gruppen unterschiedliche Erfahrungen und Konflikte gibt, verdeutlicht nur umso stärker, wie notwendig und dringend geboten die Auseinandersetzung mit den unserer Gesellschaften eigenen Brüchen und Widersprüchen, ebenso wie deren ständiger Veränderungen ist. ¹⁰

An Schärfe gewinnt dieses Problem, schaut man auf die Spitzenpositionen in Wirtschaft und Politik. Kein einziges Ministeramt im aktuellen Kabinett Merkels wird von einem Menschen mit Migrationsgeschichte besetzt und die Ernennung der ersten ostdeutschen Bundesverfassungsrichterin ¹¹ 30 Jahre nach der Wiedervereinigung im Juli 2020 löste eine große Debatte über die Relevanz der Herkunft von Richter*innen aus. Von West nach Ost gab es nach dem Mauerfall einen massiven Elitentransfer, das heißt, dass sogar im Osten selbst fast alle Spitzenpositionen von Westdeutschen geführt werden. ¹² Für Menschen mit Migrationsgeschichte stellt es ebenfalls eine Ausnahme dar, vergleichbare Posten zu ergreifen. Als Linus 2018 bei einem Netzwerktreffen des Netzwerks Bürgerbeteiligung die Frage

stellte, welche der 80 Teilnehmenden in Ostdeutschland tätig seien, meldeten sich lediglich zwei Personen. Auch die Beteiligungsszene ist nicht nur im Westen, sondern eben auch im Osten vor allem von westdeutschen Biografien geprägt.

Debattiert man also die Krise der Demokratie, die Frage nach angemessener Beteiligung und die Ursachen für überforderte Volksparteien, gilt es zugleich zu debattieren, ob Lena und Alexander tatsächlich die deutsche Gesellschaft abbilden, oder ob nicht Fatma und Ahmed genauso dazugehören. Wenn man über die Inklusivität von Demokratie nachdenkt, muss man zugleich im Kopf behalten, welche exklusiven Prozesse Demokratie mit sich bringt. Wer erhält die Staatsbürgerschaft und darf wählen? Ab welchem Alter darf man wählen? Welche Instrumente der Beteiligung gibt es für diejenigen, die nicht wählen dürfen und welche Anreize werden geschaffen, damit diese Beteiligung dann überhaupt Wirksamkeit entfaltet? Hat das Wählen in Ost wie West denselben Stellenwert, bedenkt man, dass auch der Umbau der Parteienlandschaft nach der Wende schnell von westdeutschen Eliten dominiert wurde? Wen wollen Parteien ansprechen und wen schließen sie aus?

Nicht nur das große Ganze der Gesellschaft aber ist Veränderungen unterworfen, auch die Binnenstrukturen haben sich gewandelt. Dies wird der folgende Abschnitt beleuchten.

Ausdifferenzierung der Gesellschaft

Der Begriff der Ausdifferenzierung der Gesellschaft beschreibt im Wesentlichen einen grundsätzlichen Wandel der Strukturierung

der (west-)deutschen Gesellschaft. Und dies bereits seit den später 1960er Jahren. Der Osten erlebte diesen Wandel seit der Wende ab dem Jahr 1990 quasi im Schnelldurchlauf: Politisierung und Freiheit, sowie dann Fragmentierung des Arbeitsmarkts und sozialer Beziehungen. Drei Faktoren sind im Westen wesentlich für die Veränderungen: die Postindustrialisierung¹³ (also die sinkende Wichtigkeit von Industrie), ein breiterer Zugang zu Bildung und die Aufweichung traditioneller Werte¹⁴.

Die Nachkriegsjahre in der Bundesrepublik entsprachen der Form einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft. Es herrschte die Norm der Normalität und ein hohes Streben nach Homogenität. Männer gingen arbeiten, Frauen blieben zu Hause und kümmerten sich um die Kinder, allgemein akzeptiertes Lebensideal waren Eigenheim, Auto und Wohlstand. Mit den genannten Faktoren kommt es ab den 68ern zu einem langsamen Wandel. Im Bereich der Wirtschaft verlagern sich die Arbeitsplätze allmählich vom industriellen Sektor in den tertiären Sektor, zu dem nicht nur, aber vor Allem, Dienstleistungen gerechnet werden. Das heißt, dass klassische Berufe der Nachkriegszeit im Bereich der Industrie nach und nach durch Dienstleistungsberufe ersetzt wurden – oder gar nicht ersetzt worden sind. Dieser Strukturwandel, der sich in den 1970er Jahren fortsetzt, wirkt sich bis heute in ehemals stolzen Arbeiter*innen-Regionen wie etwa dem Ruhrgebiet aus, in denen nun sozial prekäre Verhältnisse und Arbeitslosigkeit vorherrschen.¹⁵ Während 1950 lediglich 33 Prozent der Menschen im tertiären Sektor arbeiteten, sind es 2017 ca. 75 Prozent.¹⁶ Der tertiäre Sektor ist hier aber keineswegs homogen. Grob einteilen lässt er sich in den Bereich der Wissensarbeit, in dem vor allem Hochqualifizierte tätig sind, und andererseits den Bereich der einfachen Tätigkeiten,

für die es nur geringer Qualifikation bedarf. Wissensarbeit umfasst zum Beispiel Beratungstätigkeiten aller Art, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, während die Jobs mit geringer Qualifikation vor allem im Service-Bereich, also etwa in der Gastronomie oder Gebäudereinigung angesiedelt sind.

Zugleich verfügt inzwischen fast jeder Dritte über einen Hochschulabschluss, wobei die Zahl der Studienanfänger*innen noch deutlich höher liegt. Reckwitz spricht im Zuge dieser Akademisierung von einem „revolutionären Wandel“¹⁷ – schließlich führe dies einerseits zu einer Polarisierung von formaler Bildung (eine Spaltung zwischen sehr hohen und zugleich formal sehr niedrigen Abschlüssen) und andererseits einem stark veränderten Angebot auf dem Arbeitsmarkt. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg traten viele Menschen einen Beruf an, für den es keine Ausbildung von der Universität bedurfte. Dennoch genossen solche Tätigkeiten hohes Ansehen. Inzwischen ist es in vielen Bereichen notwendig, ein Hochschulstudium vorzuweisen, um angestellt zu werden. Das erhöht einerseits den Druck auf die Ausbildung junger Menschen und stellt ein Problem für diejenigen dar, die sich eine lange Ausbildungsdauer schlicht nicht leisten können. Ihnen bleiben häufig nur schlecht bezahlte Tätigkeiten.

Der dritte Faktor, der sogenannte Wertewandel, wirkt sich insbesondere kulturell auf die Gesellschaft aus: Seit den 1970ern kommt es in der Bundesrepublik, passend zur Student*innenbewegung der 68er, zu einer stärkeren Orientierung hin zu individueller Selbstentfaltung statt Disziplin und Tradition. Dies schlägt sich nieder in der Berufswahl, in Konsumorientierung und Erziehung und prägt damit auch maßgeblich nachfolgende Generationen. Das Modell des arbeitenden Mannes und der Frau

am Herd hatte langsam ausgedient. Frauen erhoben Anspruch auf eine eigenständige berufliche Tätigkeit – zumindest in Westdeutschland. Die Lebensart der Eltern-Generation wurde abgelehnt, Heiraten und Kinder wurden auf später verschoben. Homosexualität sollte einen gleichberechtigten Platz neben heterosexuellen Beziehungen finden. Und in Kommunen wurden neue Arten des Zusammenlebens ausprobiert.

Diese Entwicklungen haben die homogene Mittelstandsgesellschaft der Nachkriegsjahre verändert: Andreas Reckwitz beschreibt die Entstehung einer Drei-Klassen-Gesellschaft. Es handelt sich um eine Gesellschaft aus prekärer Unterklasse durch enormen Zuwachs des Dienstleistungsbereichs, aus der alten Mittelklasse und der neuen Mittelklasse. Daneben existiert noch die kleine Oberklasse der Superreichen, die sich immer weiter von den anderen entfernt.¹⁸

Doch was bedeutet das konkret? Während die alte Mittelklasse diejenigen beschreibt, die sich weiterhin am Gebot der Normalität orientierten, ist insbesondere die neue Mittelklasse prägend für eine gesellschaftliche Ausdifferenzierung. Sie ist Trägerin aller drei gesellschaftlichen Wandel. Sinkt die Zahl der Facharbeiter und der in der Industrie tätigen Menschen stark, gibt es einen erheblichen Zuwachs im tertiären Sektor. Und dies insbesondere im Servicebereich, aber ebenfalls im Bereich der Wissensökonomie, dem Umgang mit Wissen und dem Wissen als Dienstleistung, zum Beispiel in Form innovativer Unternehmensführung. Die Bildungsexpansion tut hierbei ihr Übriges, denn sie ermöglicht zum ersten Mal nicht nur Männern, sondern auch Frauen den Weg zu einem höheren Bildungsabschluss und die Weiterbildung an Universitäten.¹⁹ Die Entstehung alternativer Subkulturen und

die weltweite Jugendbewegung ab dem Jahre 1968 führen zu einem liberalen Verständnis der bis dahin traditionellen Werte: Offener Umgang mit Sexualität und Partnerschaft, ebenso wie Selbstverwirklichung werden dominante Themen. So entsteht eine gebildete, kosmopolitische Klasse. Arbeit ist vor allem immaterielle, also meist geistige, nicht-körperliche Arbeit, mit der es sich zu identifizieren gilt – im Gegensatz zum Arbeitsethos der alten Mittelklasse und der unteren Klasse, wo Arbeit vor allem materielle Grundsicherung bedeutet. Die neue Mittelklasse findet sich fast ausschließlich in Städten – Orte, an denen es Universitäten und Jobs in der Wissensökonomie und im Kreativbereich gibt. So entsteht zwischen solchen Gruppen vor allem eine kulturelle Spaltung aufgrund „disparate[r] Lebenswelten“²⁰ – Lebenswirklichkeiten passen schlicht nicht mehr zueinander. Werte der alten Mittelklasse wirken auf einmal veraltet, es kommt zu Prozessen der Auf- und Abwertung, insbesondere zwischen den beiden Mittelklassen.

Politisch war die Lage in der alten BRD überschaubar, CDU und SPD herrschten als große Volksparteien. Doch hat natürlich der Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft auch Auswirkungen auf die Politik. Nicht nur die Gesellschaft differenziert sich aus, die Parteien müssen nachziehen. Mit der größer werdenden neuen Mittelklasse verringert sich natürlich die Stammwähler*innenschaft der üblichen Wähler*innen der Volksparteien. Die neue Mittelklasse kann sich nicht unter dem *catch-all* der Volksparteien vereinen und strebt nach Modellen, denen es gelingt, jeden ihrer Ansprüche abzubilden. Dies ermöglicht zugleich, dass extreme Positionen zugänglicher werden, für solche, die sich mit den Veränderungen nicht mehr identifizieren können.²¹

Diese nachgezeichneten Entwicklungen sind nun primär west-deutsche. Von Relevanz sind diese aber auch im Osten, weil vergleichbare sich dort dann ab den 1990ern quasi im Schnellverfahren ereigneten und damit also gesamtdeutsche Wirksamkeit entfalteten. Es gilt, einen Blick auf eine weitere Veränderung zu werfen, die bei gesamtdeutschen soziologischen Analysen meist verkürzt wird: der Mauerfall und die Wiedervereinigung in den Jahren 1989 und 1990. Während sich für die meisten Menschen in der Bundesrepublik kaum Dinge änderten und insbesondere der Alltag gleich blieb, sahen sich Millionen Ost-deutsche auf einmal mit einem komplett neuen System, Leben und Werten konfrontiert. Dies betraf einerseits die Umstrukturierung der Wirtschaft, die Veränderung der Arbeitsgesellschaft und auch die Übernahme kultureller Werte des Westens.²² Dies begründet sich einerseits darin, dass die DDR vor der Wende in vielerlei Hinsicht kaputt gewirtschaftet und überaltert war,²³ andererseits in der Anpassung an ein komplett neues System. Ab 1990 erfolgte die Umstellung von Planwirtschaft auf soziale Marktwirtschaft, im Zuge dessen die notwendige Entwicklung einer Arbeitsgesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft sowie die Nachholung von Digitalisierung und schließlich die Einbettung in ein globalisiertes Wirtschaftssystem²⁴ – nicht umsonst spricht DDR-Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk hier von „Herkulesaufgaben“²⁵. Aber nicht nur diese Aufgaben galt es zu meistern. Die DDR war eine Gesellschaft, die auf der Idee des Kollektivs basierte, eine Gesellschaft, in der die Gemeinschaft Vorrang vor dem Einzelnen hatte – unschwer zu erkennen, dass dies den liberalen Vorstellungen des Westens und der bereits seit den 1970ern vertieften Liberalisierung und Individualisierung widersprach.²⁶ Steffen Mau spricht gar von einer „Provinzialisierung der DDR“²⁷, einer mangelnden Kultivierung

von Offenheit und Diversität aufgrund der jahrzehntelangen Abschottung dieser einheitlichen Gesellschaft gegen den Westen. Umbau der Wirtschaft und Wandel der Gesellschaft standen dabei zugleich in engem Zusammenhang: „Die Menschen verloren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch soziale Beziehungen und sozialen Zusammenhalt, der größtenteils über Arbeit gestiftet und gefestigt worden war“. ²⁸ Hinzu kommen die massive Abwanderung in den Westen, der Beschäftigungsverlust, weil es nicht mehr genug Arbeitsplätze gab und die niedrigen Renten für eine überalterte Gesellschaft. Die Dominanz des Westens schlug sich zusätzlich auch in den Konsumgewohnheiten nieder – West setzte den Standard, nicht etwa Ost. So auch im Blick auf das politische System: Justizwesen und öffentliche Verwaltung wurden nach westlichem Vorbild aufgebaut, und zwar mit und durch Mitarbeiter*innen aus den westdeutschen Paten-Bundesländern. Und nicht nur hier, auch in vielen anderen Bereichen kam es zum Austausch von Eliten, sodass auch im Jahr 2020 noch von einer Unterrepräsentation ostdeutscher Biografien in Führungspositionen gesprochen werden kann. ²⁹ Insbesondere diese Strategie auch im Bereich der Politik anzuwenden, hatte zur Folge, dass sich zivilgesellschaftliche Strukturen ebenso wie eigene politische Ermächtigung nur schleppend bis wenig entwickelten. „Das Programm hieß Ausdehnung in der Fläche, nicht Adaption und schon gar nicht Neuerfindung. Schlussendlich führte das zu einer Passivisierung der dort schon lange ansässigen Menschen und zu einem bis heute anhaltenden antiinstitutionellen Effekt. Die Ostdeutschen waren vor allem als Politiknehmer*innen gefragt.“ ³⁰ All dies zusammengefasst, wundert es nicht, dass vielfach eher von Übernahme denn von Wiedervereinigung gesprochen wird. ³¹ In den vergangenen Jahren ist viel über die Demokratie-Ferne, ja die Ablehnung der Demokratie in

den ostdeutschen Bundesländern debattiert worden. Betrachtet man die massiven Transformationen und Verluste, mit denen die Wende für viele Ostdeutsche verknüpft ist, wird zumindest sichtbar, dass dem Zugewinn an Freiheit und Rechtsstaatlichkeit so einschneidende Veränderungen und Verluste gegenüber standen, dass eine kritische Haltung gegenüber dem neuen System auf Erfahrungen eines einschneidenden Lebenswandels verweist.

„Die Demokratieakzeptanz ist in den östlichen Bundesländern geringer: In Deutschland ist die Unterstützung für die Demokratie insgesamt stark ausgeprägt, es gibt aber beträchtliche regionale Disparitäten: So fällt die Akzeptanz der Demokratie als bester Staatsform in den ostdeutschen Bundesländern durchweg geringer aus als in den westdeutschen. Am niedrigsten ist die Zustimmung mit einem Wert von 61 Prozent in Brandenburg, am höchsten in Niedersachsen mit 84 Prozent.“³²

Dass solche Erfahrungen natürlich auch enorme Auswirkungen auf die eigene Identität, ja das Narrativ ganzer Generationen hat und diese eine wichtige Rolle für Politik spielt, darauf soll das folgende Kapitel verweisen. Dabei geht es gar nicht so sehr um Ostdeutschland im Besonderen, als viel eher um verschiedene Identitäten im Allgemeinen.

Zerfällt die Gesellschaft? Welche Rollen spielen Identitäten?

Die genannten Entwicklungen, denen sicherlich noch eine Vielzahl weiterer Analysen dazugestellt werden könnte, machen

eines schon jetzt deutlich: *Die* eine Gesellschaft – die gibt es so gar nicht. Viel eher sind moderne Gesellschaften ein Sammel-surium vieler verschiedener sozialer Gruppen aus unterschiedlichen Milieus und Klassen, mit verschiedenen Geschlechtern und Identitäten. Dass eine solche Gesellschaft aber friedlich zusammenlebt und Konflikte in geregelten Bahnen ausgetragen werden, ist Aufgabe von Politik. Zugleich erleben wir, dass die Spaltungen innerhalb der Gesellschaft in den letzten Jahren doch ein Stückchen größer geworden sind. Mehr Gruppen berufen sich auf ihre politischen Rechte und fordern das Ende diskriminierender Praktiken, wie etwa Frauen oder Menschen mit Migrationsgeschichte. Und, auch wenn das Einklagen von Rechten für Minderheiten³³ Ausdruck der inklusiven Seite von Demokratie ist, gibt es zugleich immer Prozesse der Exklusion, wie sich durch die Festlegung von z. B. Staatsangehörigkeit zeigt. Diese Konflikte, die Fragen um das *Wer* und *Wie Viel* der politischen Beteiligung und Mitbestimmung sowie dessen Grenzen sind in den vergangenen Jahren lauter geworden.

Identity politics ist eine Phrase, die derzeit in aller Munde ist und Politik und Feuilleton in ständiger Alarmbereitschaft hält. Es handelt sich um die Annahme, dass Politik nur noch für eine bestimmte Gruppe, basierend auf der Identität dieser Gruppe, gemacht wird. Es ist ein Vorwurf, den sich jüngst vor allem linke Gruppen und Politiker*innen anhören müssen. Er taucht immer wieder im Zusammenhang mit dem Kampf um Schutz und Rechte für Minderheiten auf und ist daher vor allem ein Vorwurf an das progressive Lager. Doch der Vorwurf lässt sich auch umdrehen: Wenn bei Konservativen von der Rückkehr zu traditionellen Werten oder der Berufung auf die Mehrheitsgesellschaft gesprochen wird, wird auch hier eine Identität

beschworen: eben die Vorstellung des durchschnittlichen Wählenden im 20. Jahrhundert.

Welche Problematik aber liegt dieser Phrase zugrunde und wie beeinflusst sie unsere Vorstellung von Repräsentation, ja unseren Anspruch an gewählte Politiker*innen? Es wurde bereits festgestellt, dass die Ausdifferenzierung von Gesellschaft einen wesentlichen Einfluss auf das Wahlverhalten hat und *catch-all parties* wie die alten Volksparteien dem kaum noch gerecht werden können.

Ein Mensch ist Träger*in verschiedener Identitäten und Merkmale, viele davon wandeln sich im Verlauf des Lebens. Einige, wie biologisches Geschlecht und Herkunft, eher nicht. Alter, Wohnort und Familienstand ebenso wie Hobbies und Interessen prägen unsere Identität aber gleichermaßen und verändern sich beinahe ständig im Laufe des Lebens. Die unterschiedlichen Identitäten werden bei der Herausbildung der politischen Präferenz unterschiedlich gewichtet. Als junger Mensch in einer Großstadt werden die Fragen nach Rente und Mobilität eine vergleichsweise geringe Rolle spielen. Derselbe junge Mensch kann aber 50 Jahre später, alleinlebend auf dem Land, genau das Thema Rente und Mobilität als am wichtigsten erachten. Diese Aushandlungsprozesse prägen Politik schon immer und Parteien haben die Aufgabe, verschiedene Identitäten möglichst schlüssig in einer politischen Programmatik zu bündeln. Diese Bündelung wird erschwert, wird ein Anspruch, wie oben beschrieben, absolut gesetzt. Dann findet man sich eher in einer NGO, die nur ein Thema bearbeitet, wieder, denn in einer Partei, die genuin alle Politikfelder abzudecken hat. Erschwert wird dieser Vorgang nun dadurch, dass verschiedene Identitäten

historisch unterschiedliche Vor- und Nachteile erfahren haben. Insbesondere die Geschlechtszugehörigkeit und Herkunft, aber auch die sexuelle Orientierung waren bis vor wenigen Jahren und Jahrzehnten nach klaren Normalitätskriterien strukturiert. Die Einführung des Wahlrechts für Frauen, das Verbot von Vergewaltigung in der Ehe ebenso wie die Einführung der *Ehe für alle* haben diese alten Standards infrage gestellt. Einige soziale Gruppen sind also historisch benachteiligt, weil sie nicht dem Standard entsprachen und entsprechen. Menschen suchen sich die Zugehörigkeit zu solchen Gruppen dabei selten aus, viel eher teilen sie bestimmte Merkmale einfach aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit.³⁴ Dennoch kann eine Frau vom Land andere politische Präferenzen als eine Frau aus einer Großstadt entwickeln, eben weil sich Identitäten nie auf einen essentialistischen, also einen alles anderen bestimmenden, Kern zurückführen lassen, sondern viel eher fluide sind und im Wechselspiel verschiedener Eigenschaften und Bedingungen entstehen. Der Vorwurf der *identity politics* ist aber nun deshalb so tragfähig, weil es im Kampf um gleiche Rechte (also eine Angleichung an das Normale, den vermeintlichen Standard) natürlich der Berufung auf die Unterdrückung der bestimmten sozialen Gruppe bedarf.

Was bedeutet das für die Politik und die Zukunft von Repräsentation? Heißt es, dass Politik sich ändern muss? Ist es nicht viel eher die Aufgabe von Politik, verschiedene Interessen zu vermitteln, anstatt polarisierend zu vertreten? Absolute Repräsentation nur einzelner Identitäten und Interessen zu fordern ist gefährlich, wenn es in Politik zugleich darum geht, den Widerstreit und Konflikt verschiedener Politikfelder und Identitäten auszuhalten und miteinander in Austausch zu bringen. Dass sich Gesellschaft

aber immer weiter ausdifferenziert, ist ein Indikator, dass genau dieser Aushandlungsprozess zunehmend durch Polarisierung erschwert wird. Zugleich ist es damit für die gewählten Repräsentant*innen erschwert, sich unabhängig von ihrem eigenen Geschlecht, Alter oder Beruf als Vertreter*innen anderer und multipler Interessen darzustellen.

Neue Politik?

Nun gilt es sich anzuschauen, welche Aufgaben Politik eigentlich übernimmt und was es eigentlich bedeutet, wenn über „die Politik“ gesprochen wird. Was ist Repräsentation und was soll sie gewährleisten? Und, im Hinblick auf das politische System der Bundesrepublik, welche Rolle spielen dabei Parteien?

Tendenzen der Entpolitisierung, zunehmender Vertrauensverlust in das politische System, sinkende Wahlbeteiligung und steigende elektorale Volatilität (also wechselnde Präferenzen bei der Stimmabgabe) sind starke Anzeichen dafür, dass es zeitgemäß ist, sich über ein neues Politikverständnis Gedanken zu machen. Denn diese Indikatoren zeigen deutlich, dass Gesellschaften sich zunehmend ausdifferenzieren, Identitäten pluraler und vielfältiger werden und sich so Repräsentationsansprüche wandeln.

Was ist eigentlich Repräsentation?

Stilbildend für die Definition von moderner politischer Repräsentation war Hannah Pitkin: „We can simply say that in representation something not literally present is considered as present

in a nonliteral sense“.³⁵ Bei Repräsentation geht es also um die Vergegenwärtigung von etwas, das nicht gegenwärtig ist. Repräsentation und Demokratie werden seit den Autoren der Federalist Papers, also seit der Zeit der Entstehung der US-amerikanischen Verfassung, miteinander in Verbindung gebracht. Die Idee ist, dass direkte Formen von Demokratie nur in kleinen Staaten möglich sind. Soll es aber gelingen, auch in großen Staaten demokratische Strukturen aufzubauen, sind Repräsentant*innen ein notwendiger Modus der Vereinfachung. Zwar soll also weiterhin die Mitbestimmung aller Betroffenen eines Gemeinwesens gesichert sein, andererseits ist es aber ebenso wichtig, effizientes Regierungshandeln zu ermöglichen. Repräsentation dient also als Ersatz für direkte Demokratie, weil das Parlament als Abbild des gesamten Gemeinwesens gesehen wird.³⁶ Die Stimmen aller Mitglieder des Gemeinwesens werden an einzelne Repräsentant*innen delegiert, die dann wiederum in Stellvertretung aller entscheiden dürfen. Für eine solche Konzeption von Repräsentation sind weitere Vorstellungen notwendig: die Annahme, dass es sich um einen territorial begrenzten Flächenstaat mit einem bestimmbareren Wahlvolk und entsprechenden Interessen handelt. Das bedeutet, dass mittels Staatsbürgerschaft klar geregelt ist, wer eigentlich dazu berufen ist, ihre Stimme zu delegieren. Zweitens dominiert die Vorstellung von Repräsentation als eine, die mittels Wahlen organisiert wird.³⁷ In der Bundesrepublik ist dies im Artikel 20 II des Grundgesetzes festgelegt. Drittens wird hier eine unidirektionale Beziehung zwischen Repräsentant*innen und Repräsentierten unterstellt. Es wird deutlich, was die wesentliche formalistische Funktion von Repräsentation ist: die Darstellung von Verantwortlichkeits- und Autorisierungsbeziehungen zwischen Repräsentant*innen und Repräsentierten.³⁸ Die Abgeordneten werden

durch Wahl zu politischen Handlungen autorisiert und sind ihren Repräsentierten dafür im Gegenzug rechenschaftspflichtig. Wichtigster Sanktionsmechanismus ist hier Wiederwahl oder Abwahl. Natürlich gibt es aber auch andere Formen der Repräsentation, die insbesondere in der aktuellen Diskussion um die Krise von Demokratie besondere Relevanz erfahren. Es wird unterschieden zwischen Modellen deskriptiver sowie substantieller Repräsentation. Bei deskriptiver Repräsentation wird die quantitative Sozialstruktur mit Repräsentation gleichgesetzt und die möglichst genaue Abbildung der Gesellschaft in den repräsentativen Organen angestrebt.³⁹ Man spricht hier auch von spiegelbildlicher Repräsentation, weil das Modell der Vorstellung entspringt, es müsse eine ideale Deckung zwischen Repräsentant*innen und Repräsentierten geben. Eine solche Art der Repräsentation gewinnt in den zeitgenössischen Debatten um Abbildung von Frauen und marginalisierten Gruppen zunehmend an Relevanz und bestimmt auch die Debatte um bspw. Bürger*innenräte oder die Quotierung von Plätzen im Parlament und Vorständen von etwa DAX-Unternehmen.⁴⁰ Substantielle Repräsentation dagegen orientiert sich weniger an dem, was oder wen die oder der Abgeordnete darstellt und verkörpert, sondern eher an deren Handeln. Hier sind die Inhalte, die die Repräsentant*innen vertreten, das, wofür sie gewählt werden. Abgeordnete agieren stärker als eigenständige politische Subjekte. Allen Ansätzen von Repräsentation ist gemein, dass es sich notwendig um eine Verallgemeinerung handelt. Partikularitäten werden zugunsten politischer Handlungsfähigkeit ausgeblendet, ja müssen ausgeblendet werden, um Gesellschaft großflächig abbilden zu können. Im Verlauf des Buchs werden wir Möglichkeiten skizzieren, wie es gelingen kann, diese Abbildung möglichst vielfältig zu halten.

Welche Rolle spielen die politischen Parteien?

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Auswahl der Repräsentant*innen über Wahlen organisiert (Art. 20 GG). Dabei sind Parteien die wesentlichen Trägerinnen von politischer Willensbildung und durch das Grundgesetz legitimiert (Art. 21 GG). Parteien kommt also die Rolle zu, geeignetes Personal auszubilden und auszuwählen, das ins Parlament gewählt werden kann. Gleichzeitig dienen sie als Organe der Willensbildung, das heißt, mit ihrer programmatischen Ausrichtung informieren sie Wähler*innen über politische Inhalte und Themen und die Möglichkeiten politischer Gestaltung derer. Je nach eigener ideologischer Ausrichtung adressieren sie dabei bestimmte Milieus und soziale Gruppen und leisten auch innerhalb ihrer Organe und Strukturen die entsprechende Bildungs- und Mobilisierungsarbeit. Insbesondere seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Entstehung von Massenparteien war Politik daher lange Zeit wesentlich durch die SPD und die CDU/CSU dominiert. Die beiden hatten sich als sog. Volksparteien etabliert. Wähler*innen konnten sich den entsprechenden Idealen zuordnen und wurden größtenteils treue Stammwähler*innen. Noch heute dominiert in der Debatte um den Niedergang der SPD das Bild des Industriearbeiters aus dem Ruhrgebiet als Beispiel für den klassischen SPD-Wähler. Inzwischen hat sich diese „feste Bindung der Parteien an klar umrissene soziale Gruppen und Milieus“⁴¹ aber gelockert. Dies zeigt sich in sinkender Wahlbeteiligung und elektoraler Volatilität.⁴² Außerdem ist das Handeln politischer Akteur*innen „marktförmiger geworden. Sie sehen sich selbst weniger als sozial und kulturell verankerte Vertreter gesellschaftlicher Gruppen denn als Wettbewerber“⁴³, die um Deutungshoheit ringen und dabei versuchen, die richtigen Images zu bedienen, um so Wahlchancen

zu maximieren. In diesem Zusammenhang werden oft Individualisierung und sinkendes breitflächiges Engagement von Wähler*innen als zusätzliche Faktoren einer Veränderung benannt.⁴⁴ So attestiert Bernard Manin die Entstehung einer *Publikumsdemokratie*: Regierungsarbeit werde zunehmend komplexer und transnationaler, Macht sei zunehmend personalisiert, die Herrschaft liege bei Medienexpert*innen, die Wahl einer bestimmten politischen Partei erfolge eher wegen ihres Images nicht wegen ihres Programms.⁴⁵ Hinzu komme die bereits angesprochene steigende Wechselwahl, Loslösung von klassischer Parteienbindung und das Aufkommen nicht-institutionalisierter Formen von episodischer, themenspezifischer Beteiligung, wie bei *Fridays for Future*⁴⁶. Andere Autoren wie Colin Crouch behaupten einen Zustand der Postdemokratie, in dem die demokratischen Institutionen formal alle noch funktionstüchtig sind, die Prozesse aber auch wesentlich nach Logiken von Wettbewerb und Marketing laufen und tatsächliche Entscheidungshoheit eher bei den supranationalen Organen der EU liegen würde.⁴⁷

„Konnte Repräsentation im Zeitalter der Parteiendemokratie noch (die Realität verkürzend) als Reflexion gesellschaftlicher Großgruppen und ihrer Interessen wahrgenommen werden, so ist nun offensichtlicher, dass in Repräsentationsbeziehungen auf beiden Seiten geurteilt, gehandelt und entschieden wird.“⁴⁸

Politische Parteien haben es im 21. Jahrhundert also denkbar schwer. Das Zeitalter der Massenparteien ist demnach spätestens mit dem Untergang der Bonner Republik vorbei und wird durch den Aufstieg der AfD dramatisch beflügelt, weil Prozesse der Wähler*innenwanderung zunehmen und inhaltliche Debatten

zwischen Parteien neue und andere Formen annehmen. Damit verhärtet sich automatisch der Kampf um die eigene Position, um Deutungsmacht und schließlich um Wähler*innenstimmen. Der Konflikt um die besten Inhalte weicht inzwischen auch einem Konflikt um die Frage der Herrschaftsform selbst. Gestritten wird immer öfter also nicht nur um Interessen und Identitäten, auch die Art und Weise der Herrschaftsausübung ist Teil des politischen Diskurses. Die Profile der großen Parteien reichen nicht mehr aus, um eine ausdifferenzierte Gesellschaft angemessen zu adressieren, während kleinere Parteien wie Grüne, Linke und FDP zwar üblicherweise ein klar umrissenes Profil haben, aber dafür immer wieder mit der Infragestellung der eigenen Ideale konfrontiert sind, wenn eine mögliche Regierungsbeteiligung zur Debatte steht. Dies zeigt sich derzeit am eindrucklichsten bei Bündnis 90/ Die Grünen, die im Bereich der Klimapolitik einen Spagat zwischen programmatischen Idealen und Realpolitik zu finden suchen – die Debatte um den Autobahnbau und der damit einhergehenden Abholzung des Dannenröder Forsts unter Grüner Regierungsbeteiligung macht dies deutlich.

Zugleich zeigt die starke elektorale Volatilität, dass sich Menschen nicht mehr langfristig an eine Partei binden wollen, sodass es für diese schwierig ist und wird, ein Profil zu entwickeln, das über eine Legislaturperiode hinaus tragfähige Ergebnisse erzielt. Neben der steigenden Komplexität politischer Entscheidungsfindung durch Supranationalisierung und (Selbst-)Autorisierung nicht-gewählter Akteur*innen bereiten also auch zunehmende transnationale Verschränkungen Probleme: „The territorial dimension is less and less capable of organizing political representation in a way that meets criteria of functionality, effectiveness, and, in some cases, recognition.

In this respect, input equality is grossly undermined by output equality“⁴⁹. Das Verhältnis zwischen Repräsentant*innen und Repräsentierten verschiebt sich also weiter zugunsten der Repräsentant*innen, umso mehr aber zu supranationalen Vertreter*innen sowie technokratischen und meist nicht legitimierten Expert*innen, wie zum Beispiel Angehörigen der Europäischen Zentralbank. Zusätzlich sind Bedingungen für politische Parteien insbesondere durch die gestärkte Rolle zivilgesellschaftlicher Akteur*innen erschwert worden. Interessen marginalisierter Gruppen oder unzureichend behandelte Themen werden zumeist nicht zuerst von Parteien und Abgeordneten, sondern durch soziale Bewegungen in die Öffentlichkeit transportiert. Prominente Beispiele liefern Bewegungen wie etwa *Fridays for Future* oder *Black Lives Matter*, die monothematische Interessenvertretung organisieren und damit sowohl Parlament als auch die breite Öffentlichkeit adressieren. Das allein stellt für Parteien jedoch kein Problem dar, viel eher spricht eine Pluralität an Akteur*innen und die vielfältige Nutzung des Demonstrationsrechts für eine starke Zivilgesellschaft und eine funktionierende Demokratie. Im Angesicht sinkender Mitgliederzahlen in Parteien und einer zunehmenden Ausdifferenzierung solcher zivilgesellschaftlicher Strukturen, stellt sich aber für Parteien und Abgeordnete die Frage, welche Rolle sie passenderweise nun als Repräsentant*innen einnehmen sollen. Je nach Oppositions- oder Regierungszugehörigkeit, ebenso wie der ideologischen Programmatik der Partei, ergibt sich eine steigende Notwendigkeit, sich zu Protesten zu positionieren, sie zu unterstützen und in die eigene politische Ausrichtung einzuordnen. So zeigt sich, dass das Verständnis, wer Repräsentant*in sein kann, sich stetig erweitert hat – um diejenigen, die nicht gewählt sind, sondern informell und mittels öffentlicher Aufmerksamkeit statt

administrativer und legislativer Rechte politischen Einfluss beanspruchen.⁵⁰ Die Relevanz solcher nicht-staatlicher Akteur*innen fordert also wiederum die Abgeordneten heraus, ihre eigene Rolle klarer zu hinterfragen und sich zugleich zu den aufgeworfenen Themen zu positionieren. Denn: Solche Bewegungen bieten unabhängig von geographischen Parametern wie etwa Wahlkreisen für die Bevölkerung die Möglichkeit, sich rein nach den präferierten Interessenlagen abbilden zu lassen oder aktiv abzubilden. Mehr zivilgesellschaftliches Engagement bedingt also zusätzlich die abnehmende Relevanz von Massenparteien und sinkende Wahlbeteiligung: es lässt sich eine Zunahme von Ansprüchen, die an politische Verantwortungsträger*innen gestellt werden, beobachten.⁵¹ Nie gab es mehr Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Entfaltung als in den westlichen Staaten des 21. Jahrhunderts. Einhergehend damit bilden Volks- oder Massenparteien die Interessen der Einzelnen nicht oder nicht mehr gut genug ab. Verstärkt werden also einzelne, monothematische Ansprüche an Repräsentant*innen gestellt.⁵²

Zwar ist die Anzahl an beteiligten Akteur*innen gestiegen, dennoch ist diese Veränderung durchaus exklusiv. Entgegen der Annahme, dass dies ein grundsätzliches Mehr an Beteiligung ausdrückt, sind die Aktiven weiterhin eine recht homogene Gruppe, denn Beteiligung bemisst sich stark am sozialen Kapital eines Menschen.⁵³ Es gilt also zu hinterfragen, ob das Mehr an Partizipation auch zu einem Mehr an Zugang und gleichberechtigter Partizipation führt. In diesem Zusammenhang wird von sozialer Selektivität von Prozessen der Teilhabe gesprochen – diese Rate der Nicht-Beteiligten liegt in der Bundesrepublik Deutschland bei ungefähr einem Drittel.⁵⁴ Gerade in Bezug auf soziale Ungleichheit lässt sich zeigen, dass Beteiligung am

politischen Prozess nicht allein von Wissensstand und Sachkompetenz abhängt, sondern nach Bourdieu auch von Statuskompetenz und Klassenhabitus.⁵⁵ Hierin werde die Überzeugung darüber angelegt, ob man zum Mitreden überhaupt legitimiert sei. Dies ist besonders problematisch, weil so die Anliegen jener Gruppen mit geringem sozialem Kapital nicht in den politischen Prozess eingespeist werden, da Parteien und Parlamente ihr Personal überwiegend aus immer gleichen Strukturen rekrutieren. Prägnant werden diese Erkenntnisse in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2013 zusammengefasst: „Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass es durchaus eine Gruppe von dauerhaften Nichtwähler/innen gibt, die erhebliche Politikdistanz und durchaus erkennbare Demokratiedistanz aufweisen“⁵⁶. Und eben diese Gruppe der Nichtwählenden setzt sich überwiegend aus Menschen zusammen, die sich in prekären und unsicheren Situationen befinden.

„Man kann zeigen, dass diejenigen, die den Bundestag – oder generell die Parlamente – als nicht responsiv wahrnehmen, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, nicht wählen zu gehen oder für Protestparteien zu stimmen. Man kann sagen, dass das rational ist, weil sie tatsächlich korrekt beobachten, dass die Entscheidungen der Parlamente ungleich sind und aus dieser Beobachtung die Schlussfolgerung ziehen, dass das Wählen sich vielleicht für sie nicht so richtig lohnt.“⁵⁷

Und schließlich wird insbesondere durch den zunehmenden Einfluss von sozialen Medien und den unlimitierten Informationsmöglichkeiten durch das Internet auch die Haltung gegenüber den Repräsentant*innen eine andere. Abgeordnete berichten

von mehr Anfeindungen und weniger Respekt, von lauterem Vorwürfen und klarer formulierten eigenen Ansprüchen.⁵⁸ Im schlimmsten Fall ist dieses Verhalten auch begründet, in etwa Anerkennungsverletzungen und Missachtungserfahrungen durch Eliten. Erhebungen zeigen, dass diese Erfahrungen mangelnder Resonanz teilweise in konfrontativ-aggressiver Weise verarbeitet werden.⁵⁹ Zusätzlich wird Politiker*innen unterstellt, überwiegend für ihre eigenen Interessen zu arbeiten.⁶⁰ Wilhelm Heitmeyers Erhebungen, der seit langem zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Bundesrepublik forscht, zeigen Korrelationen zwischen solchen Ohnmachtsgefühlen, Apathie, also Teilnahmslosigkeit, und Abstiegsängsten sowie dem Potential für Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit. Diese Faktoren sind für rechtspopulistische Bewegungen ideal mobilisierbar.⁶¹

„Fast drei Viertel der Befragten waren der Auffassung, dass Politiker sich vor allem um ihre eigenen Interessen kümmern; und über 80 Prozent glaubten, dass sie (die Politiker) mehr Rechte für sich beanspruchen als normale Bürger. Dies sind enorme Misstrauensvoten. Die Werte zu empfundener Macht- und Einflusslosigkeit lagen zwar etwas niedriger, aber dennoch war Knaup die Hälfte der Befragten der Ansicht, politisches Engagement sei sinnlos, und ein noch größerer Anteil sah sich selbst als einflusslos.“⁶²

Neue Beteiligung?

Politische Partizipation meint mehr als nur den Gang zur Wahlurne, das ist deutlich geworden. Bevor wir Konsequenzen aus

den gesammelten Erkenntnissen ziehen, werfen wir zuvor noch einen Blick auf einen möglichen Wandel der Beteiligungskultur. Politische Partizipation wird dabei wie folgt verstanden:

„Politische Partizipation dient (.) der *Einflussnahme* auf für die Mitglieder der politischen Gemeinschaft *verbindliche Personal- und Sachentscheidungen* auf allen Ebenen des politischen Systems. Sie wird von *Privatpersonen* vollzogen und findet ihren Ausdruck in *individuellen oder kollektiven Aktivitäten*. Neben der Einflussnahme auf politischen Entscheidungen umfasst politische Partizipation auch die direkte *Mitwirkung* an diesen *Entscheidungen*, vor allem durch Beteiligung an Wahlen oder Abstimmungen.“⁶³

Lauter Protest?

Es ist bereits ausgeführt worden, dass Nichtwähler*innen durchaus rationale Gründe, nämlich Distanz zur Politik und mangelnde Repräsentation ihrer Interessen, für die Nicht-Beteiligung angeben können. Dies heißt aber bei weitem nicht, dass sie per se unpolitisch bleiben. Neue Beteiligungsakteur*innen wie *Fridays for Future* und *Black Lives Matter* sind bereits erwähnt worden. Es handelt sich um Akteur*innen, die im Namen eines Interesses oder einer Identität für ihre Sache kämpfen – im Namen von Anliegen, die im Wohle aller Menschen stehen. Ebenso berühmt sind aber in den vergangenen Jahren die Pegida-Proteste geworden. Nicht nur führte dies zu Debatten um die weiterhin existierenden Unterschiede zwischen Ost und West, zugleich befeuerte es die Kontroversen um angemessene

Formen der Beteiligung für eben jene Menschen, die sich bereits vom demokratischen Diskurs abgewendet haben. Und genau hier zeigt sich eine ostdeutsche Besonderheit: „Gerade in Ostdeutschland, wo Art und Ausmaß politischer Partizipation die westdeutschen Vergleichswerte immer noch deutlich unterschreiten,⁶⁴ wirken sich spontane Beteiligungsschübe auf die politische Landschaft vergleichsweise stark aus“⁶⁵. Eine solche sprunghafte aktive politische Beteiligung verdeutlicht also, dass es sich bei Nichtwahl nicht nur um politische Apathie, sondern eben auch um eine Infragestellung des politischen Systems handeln kann. Geht es also bei der Beteiligung nicht mehr um Autorisierung und Verantwortlichkeit, wie oben ausgeführt, sondern um Protest? Es scheint, als ginge es inzwischen für viele auch darum, „durch die Stimmabgabe Distanz zur Politik, Unzufriedenheit und prinzipielle Systemkritik auszudrücken“⁶⁶. Bedenkt man die niedrige Wahlbeteiligung, die insbesondere Kommunalwahlen begleitet, kann diese Kombination aus politischer Apathie und Desinteresse gefährlich werden, wenn sich kein Modus findet, in dem Protest ausgehandelt werden kann.

Dies bedeutet nicht, hinter demokratischen Positionen zurückzuweichen oder gar „mit Rechten zu reden“, es bedeutet aber solche Bewegungen ernstzunehmen, den Modus aktueller Politikgestaltung und -ausführung sowie die Debatte um deren Inhalte als hinterfragbar und wandelbar anzunehmen. Dass dies insbesondere auf der kommunalen Ebene anfangen muss, ist notwendig, weil „lokalen Lebensumfeldern nach wie vor eine Schlüsselstellung“⁶⁷ für politische Teilhabe zukommt. Probleme und Herausforderungen werden insbesondere auf der lokalen Ebene erfahren und erlebt, auch wenn sie überregional erzeugt worden sind. Eben weil Umwelt-Effekte, die vor allem durch

sozioökonomische, soziodemografische und soziokulturelle Indikatoren bedingt sind, eine Wirkung auf politische Beteiligung haben, ist es notwendig, lokale Räume der Selbstwirksamkeit zu schaffen und zu ermöglichen. Weil dabei die Wahrnehmung des Umfelds und der möglichen Chancen eine wesentliche Rolle spielt, haben Politiker*innen und Beteiligungsakteur*innen auch die schwere Aufgabe, überhaupt Möglichkeiten und deren Grenzen angemessen darzustellen.

Während diese Erkenntnisse zu neuen Formen des Protests häufig einfach nur als ostdeutsches Problem dargestellt werden, lassen sich durchaus mehr Ähnlichkeiten in den Teilhabemöglichkeiten der beiden Landesteile nachweisen. Weniger Beteiligung an Wahlen und eine geringere Dichte von Parteien und Verbänden sind die einzigen Merkmale, die den Osten in dieser Hinsicht vom Westen unterscheiden. Umso mehr ist es eine zentrale Erkenntnis, dass die Bundesrepublik die Infragestellung des bestehenden politischen Systems nicht einfach in den Osten abschieben kann. „Der Umgang mit dem Problem von Apathie und Ungleichheit, die Schwächung der repräsentativ-demokratischen Beteiligungsformen und der Beitrag partizipativer Innovation zum Abbau von Politikverdrossenheit“⁶⁸ sind Herausforderungen, denen sich die gesamte Politik stellen muss.

Stille Inaktivität?

Beteiligung ist aber nicht nur lauter Protest. Beteiligung ist nicht nur der Gang zur Urne, Beteiligung ist nicht nur, jeden Freitag für gerechte Klimapolitik zu kämpfen. Beteiligung ist eben auch, dass sich viele Menschen nicht beteiligen, sich nicht beteiligen

können. Welche Auswirkungen Nichtwahl haben kann, ist bereits angedeutet worden. Hier nun wird übergeleitet zu Strategien und Gefahren einer andauernden Nicht-Beteiligung. Denn: Vermeintliche Stille sollte nicht automatisch als Zustimmung gewertet werden. Nicht nur die Forschung, auch unsere praktischen Erfahrungen zeigen, dass Stille eben auch Ablehnung, Unsicherheit oder schlicht Nicht-Wissen bedeuten kann. Demokratische Politik muss also auch eine solche sein, die zuhört, die die Ohren öffnet und die Stille laut zu machen weiß. Das vorherrschende Bild ist, dass Beteiligung vor allem im vorpolitischen Raum stattfindet. Kann man aber nicht Formen des stillen Protests, wie die Nicht-Wahl, ebenso als Beteiligung deuten? Diesem Verständnis folgend, bedeutet Beteiligung nicht nur sich aktiv zu beteiligen, sondern viel eher seine Beteiligung auch durch negierende und schweigende Praktiken auszudrücken.

Politisch Inaktive sind solche, die „größtenteils zu den ressourcenschwachen und sozial schlecht integrierten Bevölkerungsgruppen“⁶⁹ gehören, solche, die Andreas Reckwitz in seinem Modell der Drei-Klassen-Gesellschaft als Unterklasse bezeichnet. Eben weil sie sich nicht beteiligen, ist die Abbildung ihrer Interessen nach der Logik von Wahl und Wiederwahl nicht von Interesse. So kommt es, dass Politiker*innen diese Gruppen selten nach ihren Präferenzen fragen. So aber wiederum kann sich an deren Situation nichts ändern bzw. wird sie sich nur verstärken, weil niemand ihre Interessenvertretung übernimmt. Nun ist genau für diese Situation in den vergangenen Jahren viel über demokratische Innovationen debattiert worden. „Die Menschen da abholen, wo sie sind“ – mit mäßigem Erfolg. Weil partizipative Angebote auf Freiwilligkeit basieren, tritt eine Überwindung der Inaktivität kaum automatisch ein. Viel eher ist es

so, dass politisch Aktive solche Formate nutzen, um die eigenen Aktivitäten auszuweiten. „Erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten geben den Aktivisten zusätzlichen politischen Einfluss und verschärfen eher politische Ungleichheit, als sie abzuschwächen oder gar zu beseitigen“. ⁷⁰ Neue Beteiligungsinstrumente allein sagen also noch gar nichts über eine Demokratisierung oder deren Abhilfe zum Abbau von Politikverdrossenheit aus. Viel eher legen die bisherigen Erkenntnisse nahe, dass neue Teilhabeformen barrierearm und mit Anreizen für die entsprechenden Zielgruppen ausgestattet sein sollten. Zugleich ist persönliche Betroffenheit ein Faktor, der die Wahrscheinlichkeit erhöht, sich zu beteiligen. „Kleinteilige, sachlich klar eingegrenzte und konkrete Probleme erweisen sich für eine Mobilisierung politikferner Gruppen als besonders aussichtsreich, nicht zuletzt deshalb, weil sie durch eigenes Handeln erzielte Erfolge erkennbar machen“. ⁷¹ Bei der Zielsetzung neuer Beteiligungsinstrumente, sowie von Reformen etablierter Instrumente sollte also der Fokus auf *empowerment* liegen, insbesondere solcher Gruppen, deren Anliegen sonst häufig ungehört bleiben.

Win-win statt the winner takes it all... Politik anders denken

In der Wirtschaft dominierte lange das Bild des *homo oeconomicus* – des rationalen, nutzenmaximierenden Menschen, der vor allem seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellt. Auch in die Politikwissenschaft hat dieses Modell mit Anthony Downs' *rational choice theory* seit Mitte des 20. Jahrhunderts Einzug gehalten. Neben Politiker*innen seien insbesondere Wähler*innen in ihrem Verhalten vom Axiom des Eigennutzes geprägt,

das heißt, es wird die Wahlentscheidung getroffen, die den größten eigenen Nutzen verspricht.

Nun lässt sich diese Annahme mit vielfältigen Theorien, aber auch empirischen Erhebungen zumindest in Teilen widerlegen. Es ist mitnichten die Aufgabe der Theorie, ultimative Wahrheiten über menschliches Verhalten herauszufinden, insbesondere nicht in einer Disziplin wie den Gesellschaftswissenschaften. Umso mehr zeigt uns diese Vielfalt verschiedener Erklärungsansätze, inwieweit der Blick und die Annahmen über Politik und das Verhalten von Wähler*innen variieren können. Nehmen wir nun also für einen Augenblick die Perspektive einer Politiker*in ein. Steigende Ansprüche, neue Lebensstile und veränderte Bedürfnisartikulation können hier sehr leicht zu einem Gefühl der Frustration und Überforderung beitragen. In vielen Hintergrundgesprächen mit Politiker*innen aller Parteizugehörigkeiten fallen immer wieder Aussagen wie „Die Bürger sind doch eh dumm“, „Man kann es ihnen ja kaum recht machen“ usw. Eben weil im politischen Alltagsgeschäft – zwischen Ausschuss, Fraktionssitzung, Interview mit den Hauptstadtmedien, Rede im Bundestag und zweiwöchentlichem Pendeln in den Wahlkreis – kaum Zeit bleibt für ein echtes Gespräch mit Bürger*innen. Bei der Eröffnung des Stadtfestes im Wahlkreis trifft man dann auch nur die eh Engagierten, bei denen man die üblichen Floskeln bedient. Was fehlt, ist die Zeit für echten Austausch und Gespräche. Was entsteht, ist der Eindruck, dass Wähler*innen zwar viele Ansprüche, aber wenig Verständnis von politischen Entscheidungsprozessen haben – „So ist er halt, der Bürger“. So verhärtet sich nach einiger Zeit, noch dazu in der Blase des politischen Berlins, vielleicht der Eindruck, dass Durchregieren einfacher sei als die konstante Auseinandersetzung mit den

unterschiedlichen Interessen der Wähler*innen, die tatsächliche Aushandlung dieser widerstreitenden Positionen. Zugleich werden die üblichen Meinungsumfragen, ebenso wie die nächsten Wahlergebnisse und eine sicher anstehende Demo gegen Corona-Schutzmaßnahmen oder eine neu gebaute Geflüchteten-Unterkunft wiederum die Kritik der Hauptstadtresse auf das eigene Tun und Handeln lenken. Diese permanente Öffentlichkeit erhöht wiederum den Druck auf das eigene Handeln und kann so den Weg verstellen, sich Zeit für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Wähler*innen zu nehmen. Kurzum – als Politiker*in, so scheint es, kann man es niemandem recht machen.

Stellen wir uns nun vor, wir berücksichtigen all die gewonnenen Erkenntnisse. Ja, Repräsentation ist formal weiterhin die Autorisierung und Verantwortlichkeit von Mandatsträger*innen. Gleichwohl geht es in einer ausdifferenzierten Gesellschaft wie der unsrigen nicht mehr nur noch um die Abbildung von Interessen, sondern auch um den Konflikt verschiedener Identitäten und den Kampf um die Deutungshoheit und Art der Herrschaftsgestaltung von Demokratie selbst. Monothematische Beteiligungsakteur*innen, polarisierte Protestformen, globalisierte Entscheidungsstrukturen, ausdifferenzierte Gesellschaftsformen und zunehmende Wahl- und Beteiligungsabstinenz sind dabei Probleme, die in ihrer Gleichzeitigkeit angemessen behandelt werden wollen. Mehr denn je gilt es nun also, den Blick zu schärfen: für das große Ganze und das kleine, lokale Besondere. Es gilt, mit Blick auf die Wiederwahl und die Listen-Aufstellung im eigenen Wahlkreis auch diejenigen im Blick zu haben, die zur eigenen Wiederwahl vielleicht nichts beitragen werden. Es gilt, die eigene Rolle kritisch zu hinterfragen, jeweils eigene verschiedene Identitäten und Interessen immer wieder im

Gespräch zu re-artikulieren. Auf beiden Seiten also, bei Repräsentant*innen ebenso wie Repräsentierten gilt es, Fehler anzuerkennen und zugeben zu können. Es gilt also, sich auf das Gespräch und den Austausch mit Bürger*innen einzulassen, statt durchregieren zu wollen. Andere Meinungen als Gewinn für die eigene Position wahrzunehmen denn als Bedrohung. Verändernde Bedürfnisse als Ausdruck einer kontingenten Welt, denn als Irrationalität von Bürger*innen anzuerkennen. Und multiple Gründe für politische Entscheidungen, über die Logik eines *homo oeconomicus* hinaus, als valide Gründe für politische Entscheidungsfindung anzuerkennen. Kurzum: Lauter Protest und stille Inaktivität brauchen eine Antwort.

Es ist also Zeit für eine neue, veränderte Politik der Gegenseitigkeit. Die Lösung, die wir im Folgenden darstellen, hat dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit – die es auch gar nicht geben kann. Ebenso wie Gesellschaft sich permanent verändert, müssen auch politische Strukturen stets wandelbar bleiben. Was es derzeit zugleich braucht, sind Reformen innerhalb von Parteien, im Selbstverständnis von Regierung und Parlament und eine Hinterfragung der demokratischen Legitimität von global und supranational getroffenen Entscheidungen. Die Lösung, die wir anbieten, kann helfen, die Akzeptanz und damit die Legitimität politischer Entscheidungsfindung zu stabilisieren und ist eine Reaktion auf die veränderten Bedingungen einer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts und – wie alle politischen Lösungen – damit eine vorläufige.

„Als ich den Brief bekam habe ich zuerst gar nicht reagiert, weil ich das nicht ernst genommen habe. Ich glaube, dass man manche Menschen eher im persönlichen Gespräch überzeugen kann als über ein Schreiben.“ – *Cemal D.*



Wir holen euch ab! ist ein Plädoyer, Politik anders zu denken. In einer sich immer stärker verändernden Gesellschaft gilt es, Menschen aus unterschiedlichsten Lebenswelten wieder in Kontakt und Filterblasen zum Platzen zu bringen. Damit wir konstruktiver miteinander diskutieren und politisch bessere Entscheidungen fällen.

Dabei haben sich Katharina Liesenberg und Linus Strothmann von *Es geht LOS* einer jahrtausendealten, urdemokratischen Methode bedient: des Losens. Indem sie im wahrsten Sinne des Wortes an Türen klingelten, haben sie Menschen in ihrer persönlichen Lebensrealität abgeholt und miteinander in Kontakt gebracht. Ein Buch voll inspirierender Beispiele, die ihren Praxistest alle bestanden haben.

**Mit einem Vorwort von
Pierre Baigorry (Peter Fox)**

„Ich habe mit *Es geht LOS* erlebt, wie erfrischend es ist, mit Menschen zu sprechen, die nicht politisch aktiv sind. Ohne das aufsuchende Verfahren wäre das nicht passiert. Und deshalb ist dieses Buch so wichtig. Es öffnet Türen für andere, Beteiligung breiter anzulegen.“

– THOMAS HEILMANN (CDU)
Mitglied des Bundestages

„Das Buch schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Praxis und bietet Antworten auf die Herausforderung unserer Zeit: Wie beteiligen wir auch diejenigen an Politik, die sich sonst nie beteiligen? Die Autor*innen geben praktische Tipps, wie Politik gelingen kann, wenn alle am Tisch sitzen und sie nicht nur den Engagierten vorbehalten ist.“

– CANAN BAYRAM
(Bündnis 90/Die Grünen)
Mitglied des Bundestages